

"Mit uns keine Koalition der Willigen"

Berlin. Man dürfe Deutschland nicht in militärische Abenteuer hineinreden, sagt CSU-Vizevorsitzender Peter Gauweiler im Interview mit unserer Zeitung. Er widerspricht dabei Bundespräsident Joachim Gauck.

Erst die Verteidigungsministerin und der Außenminister, jetzt auch der Bundespräsident – sollte Deutschland seine militärische Zurückhaltung aufgeben und sich international stärker engagieren, wie es Joachim Gauck fordert?

Peter Gauweiler: Bei allem Respekt, den das Staatsoberhaupt und seine Reden verdienen – er bestimmt nicht die Richtlinien der Politik. Erstens: Das Grundgesetz gebietet ausdrücklich eine Kultur der militärischen Zurückhaltung. Wer sich von dieser Kultur verabschieden will, muss die Verfassung ändern. Zweitens: Man kann wirklich nicht sagen, dass Deutschland militärisch abstinenter wäre. Die Bundeswehr ist weltweit im Einsatz. In Afghanistan stehen wir seit Jahren mit Tausenden von Soldaten und haben dort eine erhebliche Zahl von Gefallenen zu beklagen. Deutschland engagiert sich, ob in Afrika, auf dem Balkan oder in der Türkei. Die Propaganda von der militärischen Zurückhaltung ist einfach nicht richtig.

Aber auch die Partner Deutschlands fordern einen stärkeren deutschen Beitrag bei der Krisenbewältigung.

Gauweiler: Es gibt viele Wege, seiner Verantwortung gerecht zu werden. Wichtig sind neben humanitären Hilfen vor allem eine Entwicklungszusammenarbeit, die diesen Namen verdient. Was das Militär angeht, sollte jetzt als erstes der zwölfjährige Afghanistan-Einsatz ausgewertet und die gravierenden Defizite dieser Mission analysiert werden. Es gibt immer noch keine friedenspolitisches Konzept des Westens für Afghanistan und für die Szenarien der Beendigung dieses Einsatzes auch nicht. Da möchten wir uns nicht schon wieder in einen neuen Krieg hineinreden lassen. Die CSU hat den Kurs militärischer Zurückhaltung mitgetragen und wird eine diesbezügliche Änderung nicht zulassen. Wir dürfen Deutschland nicht in neue militärische Abenteuer hineinreden. Eine Neuauflage der "Koalition der Willigen" wie zu Beginn des desaströsen Irakkrieges wird es mit uns nicht geben.

Der Bundestag könnte schon bald über weitere Einsätze der Bundeswehr in Afrika entscheiden. Werden Sie dem zustimmen?

Gauweiler: Die CSU steht den neuen Plänen in Sachen Mali und einem Bundeswehr-Engagement in Zentralafrika sehr, sehr skeptisch gegenüber. In den Koalitionsvertrag haben wir ausdrücklich hineingeschrieben, dass solche regionalen Konflikte von den Staaten Afrikas selbst gelöst werden sollen.

Der Wehrbeauftragte des Bundestages warnt vor fehlender Ausrüstung der Truppe für weitere Einsätze wie in Afrika. Stößt die Truppe da an ihre Grenzen?

Gauweiler: Das kommt ja noch dazu: Die Bundeswehr stößt jetzt schon an Grenzen. Keiner derjenigen, die jetzt ein noch stärkeres militärisches Engagement im Ausland fordern, hat uns erklärt, wie die Bundeswehr dies personell, logistisch und mit welchen zusätzlichen Waffen leisten soll. Hier werden Erwartungen geweckt, die Deutschland nicht erfüllen kann und will. Und auch aus historischer Erfahrung nicht: weil wir wissen, dass immer neue militärische Eskalationen der falsche Weg sind und der Krieg kein Mittel der Politik ist.

Thema Euro-Krise: Mit der Aussicht auf ein drittes Rettungspaket will Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) offenbar die Reformanstrengungen Griechenlands fördern. Ist das der richtige Weg?

Gauweiler: Minister Schäuble hat sich uns gegenüber hierzu noch nicht geäußert. Die CSU ihrerseits hat den Partnern in der Koalition noch in der Sondierungsphase vorgeschlagen, dass Ländern wie Griechenland die Möglichkeit gegeben werden sollte – um wirtschaftlich attraktiver und damit endlich wieder wettbewerbsfähiger zu werden – auf Zeit aus dem Euro-System auszuscheiden, aber in der EU und ihrem Solidarsystem zu bleiben. Trotz großer und anerkannter Leistungen der hellenischen Regierung: Der Euro ist für Griechenland immer noch viel zu teuer.

Interview: Andreas Herholz